

Universität Bayreuth

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Europäisches Wirtschaftsrecht, insb. Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht



www.geistiges-eigentum.info

Designschutz im Spannungsverhältnis von Geschmacksmuster-, Marken- und Kennzeichenrecht

Prof. Dr. Ansgar Ohly, LL.M.

GRUR-Jahrestagung Köln, 18. Mai 2007



Markenrecht BGH GRUR 2006, 701 – Porsche 911



Design

UWG-Nachahmungsschutz BGH GRUR 2006, 79 – Jeans I



Urheberrecht
OLG Hamburg ZUMRD 2002, 181 Kinderhochstuhl







Gesetz betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen (1876)



- Rechtsangleichung durch Richtlinie (1998)
- Einführung des GemeinschaftsgeschM durch Verordnung (2002)



Geschmacksmustergesetz (2004)



Schutzvoraussetzungen:

- äußere Erscheinungsform eines Produkts
- Neuheit
 - Objektiv-relativer Begriff: Fachkreise innerhalb der EU
 - Neuheitsschonfrist: 1 Jahr
- Eigenart
 - Maßstab: informierter Benutzer
 - Einzelvergleich
 - Problem: Mode als "Wiederkehr des Gleichen"
- keine Ausschlussgründe
 - insb.: durch technische Funktion bedingte Merkmale
- Entstehung durch
 - Eintragung
 - Formlos (nur GGeschM): Muster wird der Öffentlichkeit innerhalb der Gemeinschaft (Art. 110a V 2 GGVO!) zugänglich gemacht.







Verhältnis zum Urheberrecht

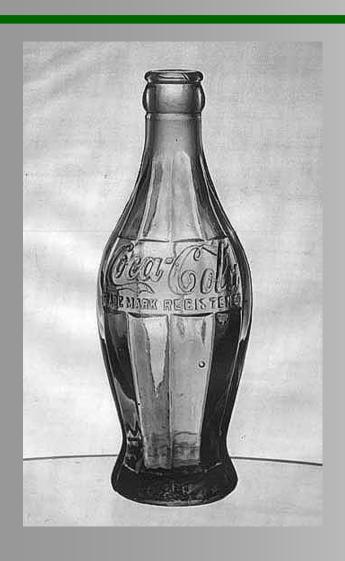
- höhere Schutzschwelle bei Werken der angewandten Kunst: "deutliches Überragen der Durchschnittsgestaltung"
- Beispiele:
 - BGH GRUR 2004, 941 *Metallbett*
 - OLG Hamburg ZUM-RD 2002, 181 Kinderhochstuhl
- Meinungsstreit:
 - Contra: Ungleichbehandlung mit Werken der bildenden Kunst "für den Dogmatiker peinlich", Abgrenzung praktisch schwer durchführbar
 - Pro: (kurzfristiges) nicht eingetragenes GGeschM als wesensadäquate Schutzform



Stärken und Schwächen des Geschmacksmusters

- Produktform als solche geschützt
- relativ niedrige Schutzvoraussetzungen
- relativ kostengünstig
- formloser Nachahmungsschutz möglich
- lizenzierbar, immaterialgüterrechtliche Sanktionen
- vergleichsweise kurze Schutzfrist, vor allem bei nicht eingetragenem Geschmacksmuster





Schutz der Formmarke

- Art. 6 GMVO
- Art. 2 MRRL
- § 3 I MarkenG



Zwei Hürden:

- (unüberwindbare) Ausschlussgründe für 3D-Zeichen
 - Form durch Art der Ware bedingt
 - Form für technische Wirkung erforderlich (z.B. EuGH C-299/99
 - Philips/Remington, HABM GRUR Int. 2007, 58 Legostein)
 - Form verleiht Ware wesentlichen Wert (z.B. BPatG, 28 W (pat) 61/01, 62/01 und 67/01 *Schmuckringe*)
- absolute Eintragungshindernisse
 - fehlende konkrete Unterscheidungskraft
 - Freihaltebedürfnis für beschreibende Angaben
 - Überwindung durch Verkehrsdurchsetzung möglich



Absolute Schutzhindernisse in der Praxis

- keine grundsätzlich strengeren Maßstäbe für Formmarken
 - grundlegend EuGH Rs. C-53/01 bis C-55/01 Linde, Winward u. Rado
- aber:
 - Warenform wird regelmäßig nicht als Herkunftshinweis verstanden
 - Allgemeininteresse an Erhalt der Formenvielfalt
 - erhebliches Abweichen von Branchenüblichkeit (EuGH Rs. C-218/01 *Henkel*)
- Praktisch Eintragung üblicher Formen meist abgelehnt, z.B.:
 - Stabtaschenlampe (BPatG GRUR 2006, 946, aber BGH GRUR 2004, 506)
 - Waschmitteltablette (BPatG GRUR 2005, 327)
 - Carving-Ski (BPatG, 26 W (pat) 342/03 und 343/03)
- Damit erhebliche Bedeutung der Verkehrsdurchsetzung (§ 8 III)
 - z.B. BGH GRUR 2006, 679 Porsche Boxster

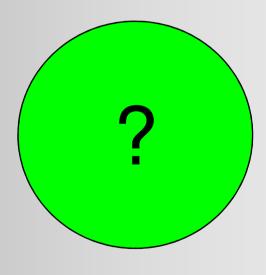


Stärken und Schwächen der Formmarke

- keine zeitliche Begrenzung
- lizenzierbar, immaterialgüterrechtliche Sanktionen
- konkrete Unterscheidungskraft und Freihaltebedürfnis = erhebliche Hürden bei Eintragung von Formmarken
- Eintragung oft nur möglich, wenn Nachweis der Verkehrsdurchsetzung gelingt
- Schutz nur gegen markenmäßige und (sofern Marke nicht bekannt) verwechslungsfähige Benutzung









Voraussetzungen gem. § 4 Nr. 9 UWG

- Angebot nachgeahmter Produkte
- wettbewerbliche Eigenart
- zusätzliche unlauterkeitsbegründende Merkmale, werden in BGH-Rspr. zu § 4 Nr. 9 akzentuiert
 - vermeidbare Herkunftstäuschung
 - Rufausbeutung oder -schädigung
 - unredliche Erlangung der Vorlagen
 - Liste nicht abschließend (z.B. Behinderung)
- Wechselwirkung
- "Unmittelbarer" Nachahmungsschutz (§ 3 UWG)?



Theorie und Praxis

- Theorie: Grundsatz der Nachahmungsfreiheit
 - Schutz nur gegen "Wie" der Nachahmung
 - mittelbarer Leistungsschutz bei Vorliegen zusätzlicher Unlauterkeitselemente
- Praxis: Quasi-Immaterialgüterrecht
 - Beschränkung der Anspruchsberechtigung auf Hersteller des Originals (abweichend von § 8 III UWG)
 - Rechtsfolgen, insb. dreifache Schadensberechnung (zuletzt BGH GRUR 2007, 431 *Steckverbindergehäuse*)
 - Schutz identischer Interessen (Zuordnungsschutz, Schutz des guten Rufs) unter "weicheren" Voraussetzungen





Das UWG als Rettungsboot bei Schiffbruch?





Das Spannungsfeld







Zwei Postulate im Spannungsverhältnis

angemessener Schutz

des kreativen Designs und der Investition in dessen Marktdurchsetzung (**Leistungsschutz**)

und

der Zuordnungsbeziehung Hersteller – Abnehmer (**Zuordnungsschutz**)



Wettbewerbsfreiheit

Bedeutung der Nachahmung in der Marktwirtschaft (rechtspolitischer Aspekt)

und

Stimmigkeit des immaterialgüter- und lauterkeitsrechtlichen Systems (systematischer Aspekt)



Geschmacksmusterrecht ← Kennzeichenrecht

- Unterschiedliche ...
 - Funktionen
 - Voraussetzungen
 - Schutzbereiche
- Aber praktisch Konvergenz der Schutzvoraussetzungen.
- Möglichkeit der Überlagerung, da Geschmacksmuster- und Kennzeichenschutz komplementär.
- Aber: Einschränkung "ewigen" Formschutzes aufgrund schutzzweckorientierter Auslegung.
 - Genaue Prüfung von Unterscheidungskraft und Freihaltebedürfnis.
 - Aufbau einer "secondary meaning" durch Werbung lässt sich bei Prüfung der Verkehrsdurchsetzung berücksichtigen.



Kennzeichenrecht → UWG-Nachahmungsschutz: Ausgangspunkte

- Gemeinsamkeiten von Markenrecht und § 4 Nr. 9a UWG:
 - Schutz vor Herkunftstäuschung als gemeinsame Funktion
 - Annäherung des UWG-Schutzes vor Herkunftstäuschungen an das Markenrecht (Anspruchsberechtigung, Schadensberechnung)
 - Damit Rechtsunsicherheit und Gefahr, dass Grenzen des Markenschutzes unterlaufen werden
- Verhältnis Markenrecht UWG wird nicht abschließend durch § 2 MarkenG / Art. 14 GMVO bestimmt.
 - Vorrang des Markenrechts (BGH GRUR 1999, 161 *MAC Dog*)
- EG-Harmonisierung ehemaliger UWG-Fallgruppen durch Rechte des geistigen Eigentums



Kennzeichenrecht ← **UWG-Nachahmungsschutz**: die Praxis

- Subsidiarität des UWG-Schutzes dem Grundsatz nach anerkannt:
 - Wenn immaterialgüterrechtlicher Schutz (+), dann Ausschluss ergänzenden UWG-Schutzes (z.B. BGH GRUR 1992, 697, 699 *ALF*)
 - Wenn immaterialgüterrechtlicher Schutz (-), dann ergänzender Schutz nur unter Berücksichtigung der Wertungen und Schutzzwecke der Immaterialgüterrechte (BGH GRUR 2005, 349 *Klemmbausteine III*)
- Gilt der Vorrang des Markenrechts auch hier? Praktisch teils
 - keine Berücksichtigung des Markenrechts (z.B. BGH GRUR 2006, 79 *Jeans I*)
 - allgemeine Behauptung unterschiedlicher Schutzgegenstände (z.B. BGH GRUR 2007, 339 *Stufenleitern*)
- UWG-Schutz vor vermeidbarer Herkunftstäuschung als "kleine Münze des Kennzeichenrechts"?



Kennzeichenrecht ← UWG-Nachahmungsschutz III: Lösungen

- Lösungsweg 1: Subsidiarität des UWG-Nachahmungsschutzes
 - Keine Begründung des UWG-Schutzes mit Interessen, die im Markenrecht abschließend berücksichtigt wurden.
 - Wesensverschiedenheit des Schutzgegenstandes begründungsbedürftig.
 - "Schutzlücken" im Markenrecht können gewollte Freiräume sein.
 - Notwendigkeit eines formlosen, flexiblen Schutzes kennzeichnender Formen unterhalb der Verkehrsgeltung?
- Lösungsweg 2: § 4 Nr. 9a als Sonderfall des § 5 UWG
 - Folge: Aktivlegitimation gem. § 8 III UWG, auch bei Täuschungen über betriebliche Herkunft (vgl. Art. 6 II RL unlautere Geschäftspraktiken)
 - Frage: Wird der Durchschnittsverbraucher durch Angebot des nachgeahmten Produkts irregeführt? Bedeutung der Etikettierung?
 - Folge: Einschränkung der Autonomie des Markeninhabers, Berechtigung der dreifachen Schadensberechnung wird zweifelhaft.



Geschmacksmusterrecht → UWG-Nachahmungsschutz: Ausgangspunkte

- Gemeinsamkeiten von Geschmacksmusterrecht und UWG-Nachahmungsschutz:
 - unmittelbarer Schutz der gestalterischen Leistung in BGH GRUR 1973, 478
 Modeneuheit
 - Schutz vor Ausbeutung des mit Form verknüpften guten Rufs
 - Gefahr, dass Differenzierung des GeschMR zwischen Schutzfristen ohne und mit Eintragung unterlaufen wird
- keine abschließende Regelung durch § 50 GeschMG, Art. 96 GGVO
- Rechtsprechung:
 - freie Konkurrenz bei vermeidbarer Herkunftstäuschung (BGH GRUR 2006, 79 – Jeans I)
 - aber Berücksichtigung der geschMR Schutzfristen bei "Schutz der Leistung als solcher" (BGH GRUR 2005, 349 *Klemmbausteine III)*



Geschmacksmusterrecht ← UWG-Nachahmungsschutz: Lösungsansatz

- Differenzierung Leistungsschutz Zuordnungsschutz
- Subsidiarität des UWG-Leistungsschutzes
 - Kein Schutz der "Leistung als solcher" neben dem GeschMR, damit Aufgabe der *Modeneuheiten*-Rechtsprechung.
 - Schutz vor Rufausbeutung nach Ablauf der geschmr. Schutzfrist erscheint zweifelhaft.
- Schutz gegen Herkunftstäuschung (*Zuordnungs*schutz) bleibt möglich, aber:
 - Verhältnis zum Markenrecht
 - Gefahr der Verquickung von Herkunftstäuschung und Formenschutz bei Begründung mit Originalität des Produkts.
 - Herkunftsvorstellung mag Ergebnis der Monopolstellung sein.



Fazit

- Ausgleich zwischen Leistungs- und Zuordnungsschutz einerseits und Wettbewerbsfreiheit andererseits als Ziel.
- Schutzzweckorientierte Auslegung der Voraussetzungen des GeschMR und MarkenR.
- Neuausrichtung des UWG-Nachahmungsschutzes
 - Rechtsfigur aus den 1920er/1930er Jahren berücksichtigt weder modernes Recht des geistigen Eigentums noch Verbraucherschutz als Schutzzweck.
 - Zuordnungsschutz: Subsidiarität gegenüber Markenrecht oder genuin lauterkeitsrechtlicher Verbraucherschutz.
 - Leistungsschutz: Berücksichtigung immaterialgüterrechtlicher Wertungen.



Universität Bayreuth

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Europäisches Wirtschaftsrecht, insb. Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht



www.geistiges-eigentum.info



Campus der Universität Bayreuth

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!